S 49 KR 1843/21

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Nordrhein-Westfalen
Sozialgericht	Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen
Sachgebiet	Krankenversicherung
Abteilung	10
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 49 KR 1843/21
Datum	19.05.2022

2. Instanz

Aktenzeichen	L 10 KR 404/22
Datum	25.01.2023

3. Instanz

Datum	08.03.2023
-------	------------

Die Berufung des Klägers gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Dortmund vom 19.05.2022 wird als unzulässig verworfen.

Außergerichtliche Kosten sind auch im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Â

Tatbestand:

Â

Der Kläger beantragte bei der Rechtsvorgängerin der beklagten Krankenkasse (*fortan einheitlich: Beklagte*) die Neuversorgung mit Hörgeräten. Dem Antrag legte er den Kostenvoranschlag eines Hörgeräteakustikunternehmens (*H. vom 23.07.2021*) über einen Gesamtpreis von 7.149 € vor. Die Beklagte lehnte den Antrag ab (*Bescheid vom 16.08.2021*).

Â

Am 22.08.2021 hat der Klager das Sozialgericht (SG) Dortmund angerufen, das seine Klage abgewiesen hat (*Gerichtsbescheid vom 19.05.2020*).



Hiergegen wendet sich der Klager mit seiner am 13.06.2020 per E-Mail eingelegten Berufung.



Entscheidungsgrande:



Der Senat entscheidet vorliegend durch den Berichterstatter zusammen mit den ehrenamtlichen Richtern, nachdem der Senat diesen die Berufung übertragen hat (*Beschluss vom 07.09.2022, [§ 153 Abs 5 Sozialgerichtsgesetz](#)*).



Die Berufung ist bereits unzulässig, weil der Klager sie mittels einfacher E-Mail und damit nicht in der gesetzlich vorgeschriebenen Form erhoben hat.



Gemäß [§ 151 Abs 1 SGG](#) ist die Berufung bei dem Landessozialgericht innerhalb eines Monats nach Zustellung des Urteils schriftlich oder zu Protokoll des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle einzulegen. Vorliegend hat der Klager seine Berufung jedoch bloß per einfacher E-Mail (*vom 13.06.2022, 16:55 Uhr*) eingelegt. Eine solche einfache E-Mail genügt der gesetzlich vorgeschriebenen Schriftform nicht.



Etwas anderes folgt auch nicht aus [§ 65a Abs 1 SGG](#). Danach können ua vorbereitende Schriftsttze und deren Anlagen sowie schriftlich einzureichende Anträge und Erklärungen der Beteiligten nach Maßgabe des [§ 65a Abs 2 bis 6 SGG](#) als elektronische Dokumente bei Gericht eingereicht werden. Eine einfache E-Mail genügt aber auch diesen Anforderungen nicht (*dazu Keller in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 13. Aufl 2020, § 151 Rn 3f; vgl auch BSG, Beschluss vom 04.07.2018 â [B 8 SO 44/18 B](#), juris Rn 3 ff*), nicht, wenn sie â wie hier â weder über eine qualifizierte elektronische Signatur (*iSd [§ 65a Abs 3 S 1 SGG](#)*) verfügt noch auf einem sicheren Übermittlungsweg (*iSd [§ 65a Abs 4 SGG](#)*) eingereicht wird. Der Formmangel ist auch nicht dadurch geheilt worden, dass das Gericht die E-Mail des Klagers ausgedruckt hat (*vgl Keller aaO, § 65a Rn 11 mwN*).



Auch der Widerspruch gegen den angegriffenen Gerichtsbescheid, den der Klager dem Gericht als PDF-Datei ¼bersandt hat, wahrt die Schriftform nicht. Denn auch diese PDF-Datei hat der Klager dem Gericht lediglich als Anhang zu einer einfachen E-Mail (*diesmal vom 25.06.2022, 22:19 Uhr*) ¼bersandt. Ob der Ausdruck eines PDF-Anhangs ausnahmsweise die Schriftform wahrt, wenn dieser eine eingescannte Unterschrift enthalt (*zu Recht abl aber Keller aaO,  65a Rn 11 mwN*), mag hier dahinstehen, weil das PDF-Dokument jedenfalls keine eingescannte Unterschrift erkennen lässt. Überdies ist auch diese E-Mail nebst Anhang erst nach Ablauf der Berufungsfrist (*dazu sogleich*) bei dem Gericht eingegangen.



Dass der Klager sich mit Schriftsatz vom 01.08.2022 sodann per Brief und mit händischer Unterschrift an das Gericht gewandt hat, ist unerheblich. Zwar mag dieses Schreiben dem Schriftformerfordernis des [ 151 Abs 1 SGG](#) genügen, es hat aber die Monatsfrist nicht gewahrt. Der Gerichtsbescheid des SG ist dem Klager am 24.05.2022 per Postzustellungskunde zugestellt worden (*vgl auf Bl 95 der Gerichtsakte*). Die Klagefrist begann danach am 25.05.2022 zu laufen und endete mit Ablauf des 24.05.2022, einem Freitag (* 64 Abs 1, Abs 2 S 1*).



Die Kostenentscheidung beruht auf [ 183, 193 Abs 1 SGG](#).



Anlass, gem  160 Abs 2 SGG die Revision zuzulassen, besteht nicht.



Erstellt am: 07.06.2023

Zuletzt verändert am: 23.12.2024